



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bundespolizei | Zoll



Positionspapier

Für ein starkes Miteinander

Warum die GdP fest an der Seite aller
Beschäftigten steht.



Ob in der freien Wirtschaft, der Industrie, im Handwerk, im Gesundheitswesen oder in den Sicherheitsbehörden: Es sind die Beschäftigten, die dieses Land täglich am Laufen halten. Als Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Bezirk Bundespolizei | Zoll – stellen wir unmissverständlich klar: Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren – weder behördenintern zwischen Vollzug, Verwaltung und Tarifbereich, noch behördenübergreifend oder branchenübergreifend zwischen dem öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft.

Gegen billige Ablenkungsmanöver der Politik

In jüngster Zeit versuchen politische Akteure vermehrt, die Beschäftigten gegeneinander auszuspielen. Wer Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern pauschal vorwirft, sie seien „zu faul oder zu häufig krank“, wer den 8-Stunden-Tag oder die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren infrage stellt, betreibt ein durchschaubares Ablenkungsmanöver. Dieses Schlechtreden von hart erarbeiteten Arbeitnehmerrechten dient nur dazu, vom eigenen politischen Handlungsbedarf abzulenken.

Zwei Seiten derselben Medaille

Wir im GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll – ob bei der Bundespolizei, beim Zoll oder beim Bundesamt für Logistik und Mobilität (BALM) – wissen genau, was Arbeit unter Dauerbelastung bedeutet. Und wir wissen, dass der Dienst unserer Kolleginnen und Kollegen untrennbar mit der Leistungsfähigkeit der freien Wirtschaft verzahnt ist:

- Gemeinsames Fundament: Ohne die Kolleginnen und Kollegen in den Logistikzentren, im Transportwesen, im Handel, im Handwerk und in der Industrie bricht die Versorgung zusammen.
- Umgekehrt gilt: Ohne eine starke, funktionierende Sicherheitsarchitektur gibt es keine Sicherheit auf den Straßen, keine verlässlichen Grenzkontrollen, keine funktionierende Kriminalitäts- und Schmuggelbekämpfung.



Deshalb darf es keinen politischen Abwärtswettlauf geben: Die Antwort auf klappte Haushalte darf niemals die Kürzung von Pensionen oder die Verschlechterung der Alimentation und der Tarifstrukturen sein. Das hilft keiner und keinem Angestellten in der freien Wirtschaft. Die einzig richtige Antwort lautet: Anständige Löhne, faire Arbeitsbedingungen und eine verlässliche, würdevolle Altersvorsorge für alle!

Strukturelle Probleme lösen statt Mangel verwalten

Sowohl in der freien Wirtschaft als auch in unseren Behörden erleben wir derzeit fundamentale strukturelle Baustellen, die dringend gelöst werden müssen:

- Mangelnde Arbeitgeberattraktivität: Die Sicherheitsbehörden verlieren im harten Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte zunehmend an Attraktivität. Die Folge: Hohe Kündigungsraten. Und: Offene Stellen können immer schwerer besetzt werden, während die Arbeitsverdichtung für die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen ins Unermessliche steigt.
- Marode Infrastruktur und Investitionsstau: Es fehlt an moderner Ausstattung, zeitgemäßen Dienststellen und einer echten, funktionierenden Digitalisierung. Wer den Mangel nur noch verwaltet, verfehlt seinen staatlichen Auftrag.
- Wirtschaftlicher Stillstand: Hohe Abgabenlasten und fehlende Planungssicherheit belasten den Mittelstand und gefährden die Arbeitsplätze, die den Wohlstand und die Steuereinnahmen unseres Landes überhaupt erst erwirtschaften.

Die Politik ist zwingend gefordert: Weg von kurzfristigen Haushaltslöchern, hin zu langfristigen Investitionen in die Zukunfts- und Handlungsfähigkeit unseres Landes – für die Betriebe wie für die Sicherheitsbehörden!



Spaltung gefährdet die demokratische Stabilität

Die Transformation der Arbeitswelt – ob durch den Strukturwandel oder den Einzug Künstlicher Intelligenz – schürt ohnehin Zukunftsängste bei den Menschen. Wenn die Politik die Beschäftigten und ihre Familien in dieser Situation als bloße Manövriermasse betrachtet und gegeneinander ausspielt, agiert sie brandgefährlich.

Es handelt sich vielmehr um mündige Wählerinnen und Wähler, die ganz genau hinschauen. Wer durch eine Politik des gegenseitigen Ausspielens und der Diskreditierung Frust sät, treibt die Menschen in die Arme politischer Ränder und gefährdet das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen. Verantwortliche Politik zeichnet sich dadurch aus, Ängste zu nehmen und Zusammenhalt zu stiften – andernfalls droht vielen etablierten Kräften bei den nächsten Wahlen eine spürbare Quittung.

Wir stehen zusammen – solidarisch, behörden- und branchenübergreifend!